

Hacke, Jens A.: *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2006. ISBN: 3-525-36842-9; 323 S.

Rezensiert von: Ulrich Bielefeld, Hamburger Institut für Sozialforschung

Gesellschaften müssen eine Idee von sich selbst entwickeln, stellte schon Émile Durkheim fest. Nur wenn sie dies tun, können differenzierte Gesellschaften sich stabilisieren. Demokratisch-pluralistische Gesellschaften haben indes nicht nur eine ‚Idee‘, sondern unterschiedliche Selbstthematisierungen konkurrieren miteinander. ‚Ideen‘ werden in differenzierten Gesellschaften von Intellektuellen produziert und verbreitet. Sie sind nicht die ‚Wirklichkeit‘, aber ein Teil von ihr.

Dies gilt auch für die alte Bundesrepublik. Die konservativen Intellektuellen zogen sich in den 1950er-Jahren keineswegs nur auf Waldgänge, Feldwege oder ins öffentliche Private zurück; sie meldeten sich weiterhin deutlich zu Wort.¹ Sie beugten sich aus einer technischen Perspektive den neuen Rahmenbedingungen, erkannten aber keine Legitimität der Demokratie. Ihre Schwierigkeit lag darin, dass Tradition als ungebrochener Rückzug auf Vorhergegangenes nicht mehr zur Verfügung stand. Zunächst konnte die unmittelbar zurückliegende Zeit des Nationalsozialismus und die Zeit der realisierten Tat selbst in der Posthistoire für beendet erklärt werden. Schließlich zogen Skepsis und Praxis des Aufbaus ein. Zukunftsweisende neukonservative Ideen aber konnten so nicht formuliert werden. Wie gelang es den Konservativen dennoch, im intellektuellen Spektrum ihren Einfluss zu wahren und auszubauen?

Das oft betonte ‚unwahrscheinliche Gelingen‘ der Bundesrepublik beruhte nicht nur auf Währungsreform und ‚Wirtschaftswunder‘. Jens Hacke untersucht in seiner Dissertation die Entwürfe einer kaum vergangenen Gegenwart, die in der alten Bundesrepublik der 1970er- und 1980er-Jahre einer vehementen Kritik verfielen, ohne die je-

nes ‚unwahrscheinliche Gelingen‘ der Bundesrepublik aber nur unvollständig verstanden werden kann. Die Arbeit liefert wichtige neue Einsichten in die Ideengeschichte. Im Nachhinein zeigt sich der gemeinsame Beitrag zweier sich bekämpfender Positionen – der linksliberalen Diskurstheoretiker und der rechtsliberalen Common-Sense-Theoretiker – zur Entwicklung eines demokratischen Selbstverständnisses der alten Bundesrepublik. Die Linksliberalen taten dies besonders durch eine Öffnung der theoretischen Arbeiten zur angelsächsischen Philosophie. Die Liberalkonservativen suchten vor allem an deutsche Traditionen anzuschließen, überwand jedoch die Fixierung auf Nation und Gemeinschaft. Es ist Hackes Leistung, die Bedeutung dieser Liberalkonservativen herausgearbeitet zu haben.

Die Rekonstruktionsarbeit erfordert mehr als eine Nacherzählung. Ein systematischer Entwurf einer „Philosophie der Bürgerlichkeit“ der liberalkonservativen Intellektuellen liegt nicht vor. Dennoch wird eine Einheitlichkeit des Denkens sichtbar, die die vorgenommene Umetikettierung von Neokonservativen in Liberalkonservative rechtfertigt. Hacke nimmt eine Generation der halbierten Skeptiker in den Blick, einer Skepsis ohne praktisches Zupacken, einer „prolongierten Schrecksekunde“ (Odo Marquard). Die unpolitische skeptische Generation wird als erste politische Generation der Bundesrepublik vorgestellt. Dem Collegium Philosophicum in Münster unter der Leitung Joachim Ritters wird die Bedeutung eines intellektuellen Zentrums der frühen Bundesrepublik zugeschrieben. Nicht das urbane Frankfurt, sondern das kleine katholische Münster gerät in den Fokus, aber dort nicht die soziologische, sondern die politisch-philosophische Thematisierung der neuen Situation. Nicht die soziologischen ‚Wirklichkeitswissenschaftler‘ Hans Freyer und Helmut Schelsky schufen einen neuen Konservatismus, der sich mit den Strukturen, mit der Demokratie versöhnte (aber die Kultur der Moderne ablehnte). Mit Martin Kriele, Ernst-Wolfgang Böckenförde, Robert Spaemann, vor allem aber Odo Marquard und Herrmann Lübke stehen vielmehr politisch-philosophische sowie rechts- und staatsrechtliche Autoren im Blickpunkt.

¹Siehe zu Martin Heidegger und den Jünger-Brüdern jüngst Morat, Daniel, Von der Tat zur Gelassenheit. Konservatives Denken bei Martin Heidegger, Ernst Jünger und Friedrich Georg Jünger 1920–1960, Göttingen 2007.

In der klassischen Form der Ideengeschichte zeigt Hacke auf, dass zum ‚unwahrscheinlichen Gelingen‘ der Bundesrepublik auch eine konservative Form der Selbstthematisierung zu zählen ist, die in der Auseinandersetzung mit den ‚68ern‘ ihren Gegner fand, sich an diesem formte und sichtbar wurde. Die Demokratisierung der Bundesrepublik vollzog sich nicht nur institutionell, nicht nur in der paradoxen Form unintendierter Folgen der ‚68er‘, sondern auch auf der Seite der konservativen Kritiker. Die Rekonstruktion einer „Philosophie der Bürgerlichkeit“ verlässt die zeitgenössischen Gräben des Deutungskampfes. Sie ist dabei teils selbst ‚skeptisch‘: „Das Resultat steht, wie bei Skeptikern immer, schon fest: es gibt ein Unentschieden [...]“.“²

Hacke zeigt, wie sich ein demokratischer Konservatismus entwickelte, der auf Common Sense und nicht auf den Diskurs setzte. Er begibt sich auf die Suche nach einer kulturell-politischen Identität, die bei Niklas Luhmann ironisch unterlaufen wurde und auf die Jürgen Habermas bedauernd verzichtete. Den beiden verwandten Antipoden der alt-bundesrepublikanischen Selbstthematisierung werden die neokonservativen Liberal-konservativen auf gleicher Augenhöhe hinzugesellt. Hacke vergewissert sich zunächst der Ausgangspunkte, der Hegel-Deutung Joachim Ritters, der ein früherer Denker der Ambivalenz als Entzweigung war und dies mit der Forderung der Balance verband. Die Schüler, vor allem Marquard und Lübke, schlossen hieran das Kompensationstheorem an: Der Fortschritt gefährde das ausbalancierte Ideal und wecke einen Bedarf an unterschiedlichsten Ergänzungen, Korrekturen und Kompensationen. Die Beschleunigung in der Moderne erfordere kompensatorische Nachbehandlungen – da die unmittelbare Vertrautheit mit der Welt schwinde, müsse Bedeutung produziert werden. Auch der ‚nachträgliche Ungehorsam‘ der ‚68er‘ erfülle diese Funktion.

Am Kompensationstheorem entdeckt Hacke analytische Vorzüge als konservatives „Mittel, absolute Wertsetzungen und übergeordnete ideologische Ziele abzuschwächen“ (S. 77). Es erlaube eine anthropologisch-

psychologisierende Perspektive auf historische Handlungsmuster, sei ein flexibles Mittel zur Gegenwartsanalyse und Gesellschaftsdiagnose, und Transformationsprozesse könnten im Sinne eines funktionalen Wandels beschrieben werden. Dem pragmatischen Vorzug des Begriffs stehe indes die Gefahr einer Inflationierung gegenüber. Zusammen mit den Begriffen Kontingenz und Identität werde er zum Schibboleth der Liberalkonservativen, die sich – wie etwa Marquard – ‚gut gelaunt‘ dem Problem stellten, wann etwas zum Kompensationsphänomen erklärt werden könne.

Hacke gelingt es, die ideengeschichtliche Entwicklung des bundesrepublikanischen Konservatismus so darzustellen, dass er fast ohne Bezug auf die schwierige Ausgangsposition auskommt. Dennoch wird, hat man die ‚Ausgangspunkte‘ gelesen, die Leistung deutlich, die von den neuen Konservativen erbracht wurde. Es entwickelte sich ein eigenständiger konservativer Entwurf, der trotz Identitätsdiskussion frühere Konzepte der Homogenität und des ethnischen Fundamentalismus verabschiedete. Auf dieser Grundlage konnte gestritten werden. Der Streit wurde von den Liberalkonservativen selbst gesucht, immer gegen die ‚68er‘, mit Kongressen etwa über ‚Mut zur Erziehung‘ (1978) oder ‚Aufklärung heute‘ (1980). Solche Veranstaltungen hatten, wie Hacke vermerkt, vor allem demonstrative Bedeutung.

Die skeptischen, konservativ-pragmatischen Theoretiker der 1960er-Jahre lösten diejenigen der 1950er-Jahre ab. Sie teilten einen gemeinsamen ‚blind spot‘. Der Nationalsozialismus hat in Lübkes Geschichtstheorie keinen Platz, der Zivilisationsbruch kann nicht beschrieben werden, es gibt keine historische Verortung, keine Analyse der Entstehungsbedingungen. Zusammen mit einer totalitarismustheoretischen Perspektive ist es vielmehr die ‚Selbstverständlichkeit des moralischen Urteils‘ über die Verbrechen, die das Verhältnis zur NS-Zeit bestimmt.³ Großideologie habe den Verstand besetzt; konventionelle, traditionale Moral und der Common Sense seien so zerstört wor-

²Marquard, Odo, Identität: Schwundtelos und Mini-Essenz – Bemerkungen zur Genealogie einer aktuellen Diskussion, in: ders.; Stierle, Karlheinz (Hrsg.), Identität, München 1979, S. 347-369, hier S. 347.

³Vgl. zuletzt Lübke, Hermann, Vom Parteigenossen zum Bundesbürger. Über beschwiegene und historisierte Vergangenheiten, Paderborn 2007.

den. Gemeinsam mit einem an Gehlen und Schelsky ansetzenden, dessen Grenzen aber überwindenden Institutionenbegriff wurde der ‚gesunde Menschenverstand‘ zu einem tragenden Baustein der liberalkonservativen politischen Philosophie.

Der Bezug auf die Institutionentheorie Gehlens und Schelskys, deren transformationsresistente, auf Stabilität fixierte Perspektive hat den Liberalkonservativen grundsätzliche Kritik eingebracht. Jürgen Habermas‘ Theorie der kommunikativen Kompetenz kann als Gegenmodell gelesen werden, der Diskurs als Gegeninstitution. Die Liberalkonservativen aber hätten, so Hacke, ebenfalls kein statisches Gesellschafts- und Politikverständnis vertreten. Keine Herrschaft der Sachzwänge sei angenommen, sondern ein Wiederaufkommen normativer Inhalte in der Politik beobachtet worden. Politik galt den Liberalkonservativen als Entscheidungshandeln.

„Freiheit in Gebundenheit“, konservatives Leitmotiv schlechthin, löste sich von der Kopplung zwischen Herkunft und Zukunft und ersetzte die Herkunft durch die Verfassung. Diese aber könne ihre eigenen Voraussetzungen nicht garantieren – so die ‚Böckenförde-Doktrin‘, die sich als Zentrum des Liberalkonservatismus erweist. Die nun als Bedingung der Freiheit anerkannte Verfassung sei auf die ‚sittlichen Institutionen‘ angewiesen. So ausweichend und unkonkret die Auseinandersetzung der Konservativen mit dem Nationalsozialismus ansonsten war – diese Neuorientierung war höchst beachtlich. Letzteres gilt auch für Jens Hackes Buch, das Philosophie- und Zeitgeschichte auf erhellende Weise verbindet.

HistLit 2007-2-143 / Ulrich Bielefeld über Hacke, Jens A.: *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*. Göttingen 2006. In: H-Soz-u-Kult 07.06.2007.